

3. / 1. 1918

Friedensverhandlungen und Parlament.

Die „Korrespondenz Austria“ meldet: Die Aussichten der Verhandlungen in Brest-Litowsk werden in allen deutschen, aber auch in polnischen Parteikreisen zuversichtlich beurteilt. Die deutschen Parteien hegen auch das feste Vertrauen zum Grafen Czernin, daß er in konsequenter Verfolg seiner bisherigen Haltung auch hinsichtlich des Punktes 3 des russischen Friedensprogramms festbleiben und die Ordnung innerstaatlicher Fragen von äußeren Einflüssen freihalten werde. Brest-Litowsk hat das Vertrauen der deutschen Parteien in den Minister des Aeußern, wie es schon in der ersten Plenarsitzung der österreichischen Delegation vollert wurde, gestiegt und erhöht, und auch eingefleischte Gegner des Grafen Czernin, wie der Tschechenführer Dr. Stranek, können nach einem Ausspruch desselben der Haltung des Ministers des Aeußern nicht ganz den Zoll der Anerkennung verfahren. Sie geben auch zu, daß eine Beratung des Ausschusses für Aeußeres der Delegation solange nicht stattfinden könne, als Graf Czernin abwesend ist.

Wie wir vernehmen, ist die Einberufung der Delegation aus diesem Grunde vorläufig noch nicht festgesetzt und auch noch keine Sitzung des Ausschusses für Aeußeres anberaumt. Der Ausschuhobmann Minister a. D. Dr. Baernreither sowie der Delegationspräsident Landeshauptmann Hauser dürften jedoch an der Exkursion nach Udine kaum teilnehmen, vielmehr den Verlauf der Brest-Litowsker Verhandlungen am Samstag und Sonntag hier abwarten, um bei einem eventuellen günstigen Ergebnis derselben, wie es von den maßgebenden Stellen erhofft wird, sogleich

zur Hand zu sein und eine Sitzung des Ausschusses für Aeußeres einzuberufen, die sofort nach der Rückkehr der Exkursionsteilnehmer stattfinden und dem Grafen Czernin Gelegenheit geben würde, über den Verlauf der Friedensverhandlungen zu berichten.

Was das Abgeordnetenhaus betrifft, so wird es am Dienstag, den 15. d., seine nächste Plenarsitzung abhalten, da die Finalisierung der Kriegsteuer und die Budgetberatung als dringlich betrachtet werden. Mit dieser raschen Einberufung des Hauses würde übrigens auch der Wunsch der oppositionellen Parteien seine ehetunlichste Erfüllung finden.

Wie gemeldet, hat der Obmann des Tschechischen Verbandes Abg. Stanek kürzlich an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Groß ein Schreiben gerichtet, in welchem er im Hinblick auf die Friedenskonferenz in Brest-Litowsk die sofortige Einberufung des Abgeordnetenhauses verlangte.

Präsident Dr. Groß hat dieses Schreiben folgendermaßen beantwortet:

„Euer Hochwohlgeboren! Mit geschäftem Schreiben vom 31. Dezember haben Euer Hochwohlgeboren im Namen des Tschechischen Verbandes im Abgeordnetenhaus von mir die Einberufung des Hauses in den nächsten Tagen verlangt. Wenn auch nach unserm Befehl keine Verpflichtung des Präsidenten besteht, über Verlangen einer Anzahl von Abgeordneten das Haus einzuberufen, so gestehe ich ohne weiteres zu, daß der Wunsch einer großen Partei nach Einberufung des Hauses gewiß nach Möglichkeit vom Präsidenten berücksichtigt werden muß.“

Nun ist es mit Rücksicht auf die außerordentlich mißlichen dermaligen Verkehrsverhältnisse, ferner die griechischen Feiertage und auch mit Rücksicht auf die in der nächsten Woche stattfindende Agrar-enquete nicht möglich, schon in den aller-nächsten Tagen das Haus einzuberufen. Ich nehme vielmehr dafür den 15. d. in Aussicht und hoffe damit Ihrem Wunsche zu entsprechen.

Mit vorzüglicher Hochachtung ergebenst

Groß m. p.

Präsident Dr. Groß konferierte heute vormittag mit den Abg. Dr. Urban und Bacher. Hierauf erschienen Vizepräsident Lujar und der Obmann des Tschechischen Verbandes Abg. Stanek beim Präsidenten, um mit ihm wegen der Einberufung des Abgeordnetenhauses zu konferieren.

Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler wurde heute vormittag vom Kaiser in Audienz empfangen.